

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsbüro Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486 — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Umgehung 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beiliegende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Rechnungsblätter der Staatschuldenverwaltung, Holzplanzen-Beauftragten der Staatsforstverwaltung.
Verantwortlich für die Redaktion: I. B. Dr. Fritz Klauert in Dresden.

Nr. 145

Dresden, Mittwoch, 25. Juni

1930

Zu den Beschlüssen des Verfassungsausschusses der Ländert Konferenz.

Berlin, 25. Juni.
Die Beschlüsse, die vorgestern vom Verfassungsausschuss der Ländert Konferenz gefaßt worden sind, beruhen, wie wir von unternichteter Stelle erfahren, auf Gemeinverständnissen, die von jeweils vier besonderen Sachverständigen erarbeitet worden sind. Von Bayern waren eine ganze Reihe von Vorschlägen vorgelegt worden, die aber sämtlich nahezu sämtlich der Ablehnung verurteilt wurden. Die bayerischen Vorschläge hatten zum Ziel, eine besonders verstärkte Stellung des Reichsrats zu erreichen und insbesondere den Ländern aller Art einen besonderen verfassungsrechtlichen Schutz zu gewährleisten. Die Ländert Konferenz schuf eine Schutzbestimmung, daß die Rechte der Länder aller Art nicht verfassungswidrig beschränkt werden können, wenn diese Länder sämtlich gegen eine Einschränkung sind, aber das bedeutet nur eine Bindung für den Reichsrat. Der Reichstag und das Volk sind dadurch nicht beschränkt. Das entgegenstehende Wort des Reichsrats hat nur den Zweck, daß der Reichspräsident die Beschlüsse dem Volkstisch unterwerfen kann. Gewissermaßen ist durch die Beschlüsse eine neue Mainlinie konstruiert worden, die nach Sachsen hin aufgesucht ist; es ist zweifellos, daß durch die Beschlüsse, so wie sie jetzt vorliegen, Deutschland in zwei Teile geteilt wird, in das eine Gebiet, das dem Reich unmittelbar untersteht und in dem besonders hochpotenzierte Selbstverwaltungsorgane geschaffen werden, und in den anderen Teil, der aus den Staaten Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden besteht. Für die einzelnen Teile des Reiches ist die Beachtung Reichsprivilegien vermieden worden, es ist immer von Ländern gesprochen worden, das was an die Stelle der Provinzen in Preußen tritt, wird einen erhöhten staatsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Einfluß haben.
Diese ganzen Fragen sind nur insoweit gelöst, als für eine künftige Verfassungsänderung die Direktiven gegeben sind. Man darf niemals außer Acht lassen, daß der Verfassungsausschuss ein Wahljahr ganz besonderer Art ist. Er ist, da er

nur mit Vorschlägen betraut ist, nicht befähigt auf irgendwelche reichsrechtliche Vollmacht.
In dem Ausschuss sind nur vier Reichsminister vertreten, die anderen sechs Reichsminister setzen sich aus Kreisen der Wirtschaft, des Parlamentes und der Wissenschaft zusammen. Die Reichsregierung erteilt ihren Vertretern keinerlei Anweisung; so konnte es vorkommen, daß in dem Ausschuss Reichsminister gegen Reichsminister getimmt haben. In den Beschlüssen sind als Teile Deutschlands Länder aller Art und neuer Art vorgeführt. Man gibt es einige Länder, von denen es zweifelhaft ist, ob sie genügend Selbstleben haben, um noch Länder aller Art zu werden. Das bezieht sich insbesondere auf Hessen und Thüringen. Hessen ist in seinem jetzigen Bestand nicht lebensfähig. Es könnte auch die Frage aufkommen, ob etwa die Hansestädte Hamburg und Bremen besondere Zwischenformen für irgendwelche Erfüllung überleitender Aufgaben annehmen sollen. Mit diesen Fragen wird sich die Ländert Konferenz noch zu befassen haben.

Die Deutschnationalen gegen Verschölgung Preußens.

Berlin, 25. Juni.
Im Preussischen Landtag ist folgender Antrag der deutschnationalen Fraktion eingegangen:
Aus der Veröffentlichung der Presse über die Beschlüsse des Verfassungsausschusses der Ländert Konferenz ergibt sich, daß diese Beschlüsse in erster Linie die Aufhebung des preussischen Staates bezwecken, während sie gleichzeitig angestrebt werden, die staatliche Selbständigkeit anderer Länder anzufassen, bei denen man offenbar einen härteren Willen zur Selbsterhaltung vorantreibt als bei den verantwortlichen Instanzen des preussischen Staates. Die preussische Staatsregierung wird demgegenüber ersucht, in der Ländert Konferenz die Vorschläge des Ausschusses mit aller Entschiedenheit abzulehnen und bei den weiteren Verhandlungen alle Veruche auf Verschölgung oder staatsrechtliche Trennung des preussischen Staates mit allem Nachdruck zurückzuweisen.

Neue Widerstände gegen das Kabinett Brüning. Das neue Reichsfinanzprogramm.

Berlin, 25. Juni.
Das Reichskabinett tagte seit gestern abend 8 Uhr, um sich über das Finanzprogramm zu verständigen, das der bisherige Wirtschaftsminister Dietrich, den man jetzt allgemein als den kommenden Finanzminister erwartet, durchzuführen will. Am 11 Uhr abends dauerte die Sitzung noch an. Das Programm dürfte ungefähr folgendermaßen aussehen:
Ein Kopierer der Beamten, das die kleinen Einkommen bis zu 2000 M. freiläßt, und außerdem je nach der Höhe auf 2 bis 3 Proz. gesenkt ist. Für die übrigen Einkommen erwartet man, wie wir bereits gemeldet haben, einen etwa zehnprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer. Dazu kommen die Lebzighensteuer und die Verzehrsteuer.

Das Finanzprogramm der Volkspartei.

Berlin, 25. Juni.
Wie die „DZS“ mitteilt, enthält das Schreiben, das Reichsminister a. D. Dr. Scholz im Auftrage seiner Partei gestern abend dem Reichskanzler Dr. Brüning unterbreitete, folgende Einzelvorschläge:
Ersparnisse und Ausgabenentlastungen in Höhe von zusammen etwa 260 Millionen, nämlich 125 Millionen Abzüge an den Sachanlagen des Staats und 5 Proz. Herabsetzung der Zinsüberschüsse. Erhebliche Mittel, nämlich eine Summe von weit über 100 Millionen, sollen durch Besteuerung der öffentlichen Betriebe erschlossen werden.
Auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung wird die Durchführung der Ver-

schlüsse des Vorstandes empfohlen, also die lediglich 1/2 prozentige Beitragserhöhung unter dem Druck der gegebenen Notwendigkeit. Sollte die Deckung nicht ausreichen, so sollen in einem Nachtragetat im Herbst neue Mittel angedeutet werden. Dies ist die Möglichkeit eingeräumt, etwa eine weitere 1/2 prozentige Beitragserhöhung vorzunehmen.
Eine Reihe weiterer von den Wirtschaftsverbänden schon vorgeschlagener Maßregeln auf dem Gebiete der Steuererhebung und der Verwaltung soll etwa 50 Millionen erbringen. Auf jeden Fall soll dafür gesorgt werden, daß die Versicherungspflichtigen noch im Laufe des Jahres durch Herabsetzung der Krankenversicherungsbeiträge eine gewisse Entlastung erfahren. Außerdem soll die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung bis zum 31. März nächsten Jahres befristet werden. Letzter Punkt des vorkonkurrenzfähigen Programms ist die Aufforderung an die Reichsregierung, auf eine allgemeine Senkung der Lohn- und Preisniveaus hinzuwirken, und zwar durch Ankündigung der Wirtschaft, Beilegung des Arbeitsmarktes und durch Senkung der Personalkosten in Reich, Ländern und Gemeinden.
Das Schreiben schließt mit der ausdrücklichen Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei keinerlei Steuererhöhungen oder gar eine einseitige Belastung einzelner Volksschichten mitmachen könne, solange die von ihr aufgestellten Möglichkeiten zur Verschölgung anderer Einnahmen und zur Durchführung energischer Ersparnisse nicht beschritten seien.
Das Programm ist so bemessen, daß es dem Reich etwa 600 Millionen an neuen Einnahmen bzw. an Ersparnissen sichern soll.

Verstärkte Krise.

Unter dieser Überschrift erklärt „Germania“: In dem ganzen Verhalten der Deutschen Volkspartei wird immer deutlicher sichtbar, daß der schwerindustrielle Flügel das Heft gegenwärtig völlig in der Hand hat. Dieser Gruppe kommt es nicht auf diese oder jene Gestaltung des Deckungsprogramms an, sondern sie holt weit aus, um wichtige sozialpolitische Begebenheiten, wie dem Schutze des Arbeitsfriedens dienende Einrichtungen, zu besetzen. Einen Vorschlag hat die Volkspartei allerdings gemacht, nämlich den, zunächst nur die Reform der Arbeitslosenversicherung vorzunehmen, und alles andere auf den Herbst zu verschieben. Das ein solcher Verzicht auf die Sicherung der Arbeitsbedingung, der einer Fortsetzung der Finanzpolitik der letzten Jahre gleichkommt, grundsätzlich und unter allen Umständen abzulehnen ist, bedarf keiner Begründung.
Trotz all diese Vorgänge hat die Lage der deutschen Finanzpolitik eine außerordentliche Verschärfung erfahren, und wenn nicht unverzüglich und mit aller Konsequenz gehandelt wird, dann besteht die Gefahr, daß man in nächster Stunde von einer Krise der deutschen Politik sprechen kann. Das Kabinett ist sich dieser Gefahr bewußt, es ist zum Handeln entschlossen, und man darf annehmen, daß die gestrige Sitzung in erster Linie dazu bestimmt war, den Weg und die Methode dieses Handelns festzulegen. Wenn die Volkspartei aus der Regierung ausscheiden will, dann wird das Kabinett dies hinnehmen müssen, ohne außer Fassung zu geraten. Denkbar ist durchaus eine Regierung, die sich auch hierin nicht abhalten läßt, das zu tun, was im Interesse des Staates und seiner finanziellen Ordnung unverzüglich zu tun ist. Wenn jetzt zur Durchführung dieser Aufgaben die Frage eines Ermächtigungsgesetzes und auch die Anwendung des Artikels 48 erwogen wird, so darf man nur hoffen, daß uns dieser Weg erspart bleibt, daß er mit all seinen Konsequenzen sorgfältig geprüft und keine Möglichkeit außer Acht gelassen wird, die sich die Anwendung allerlegter Mittel erspart. — In der „Sächsischen Zeitung“ heißt es: Parlamentarier, die in dieser Sitzung mit dem Reichskanzler reden, haben gestern versichert, daß der Kanzler entschlossen sei, sich durch die Deutsche Volkspartei nicht in eine Regierungskrise hineintreiben zu lassen.

Die Augsburger Konfessionsfeier.

Augsburg, 25. Juni.
Die 400-Jahrefeier der Augsburger Konfessionsfeier wurde gestern abend durch einen offiziellen Begrüßungsakt eingeleitet. Der Präsident des deutschen evangelischen Kirchenrats Dr. D. Kappeler hielt die Begrüßungsansprache. Er verlas zunächst ein Schreiben des Reichspräsidenten, in dem dieser nach Versicherung seiner aufrichtigen Anteilnahme an dieser Frage der evangelischen Kirchenwelt dem Wunsch Ausdruck gibt, daß die Erinnerung an das reformatorische Bekenntnis der Stadt Augsburg dazu beitragen möge, christliche Bestimmung im deutschen Volke zu erhalten und zu stärken. Weiter gab D. Kappeler ein Schreiben des Reichspräsidenten des Innern Dr. Wirth bekannt, dessen Schlußsatz lautet: „Wohle die Vermählung an historischen Stätten zu innerer Stärkung im Sinne des christlichen Gemeinheitsgedankens führen und weit über den Kreis der Teilnehmer hinaus die Bewußtheit festigen, daß die zukünftige Krise der Gegenwart nur dann überwunden werden kann, wenn aber allem Trennenden hinweg die religiösen Einigkeitswerte wieder zu dominierendem Einfluß gelangen und bei der Gestaltung der Zukunft über Konfessions- und Volksgrenzen hinweg entscheidend mitwirken.“ D. Kappeler, der darauf die Vertreter der Reichsregierung, Staatsminister Zweigelt und Oberregierungsrat Dr. Combs sowie der Reichs- und Staatsbehörden willkommen hieß, bezeichnet in seiner Ansprache die Teilnahme der Reichs- und Staatsbehörden als ein Zeichen dafür, daß Reich und Staat die fortwährende übertragende Bedeutung der christlichen Kirchen und der von ihnen verwalteten religiösen Güter für die Volksgemeinschaft kenne und zu wahren wisse. Weiter begrüßte Dr. Kappeler die Vertreter aus deutschen evangelischen Gemeinden außerhalb Deutschlands, sowie die zahlreichen Delegierten nichtdeutscher evangelischer Kirchen, für deren Teilnahme, wie er ausführte, die Augsburger Feier ökumenischen Charakter bekomme. Der Redner schloß mit einem

Die Aufgaben des Weltprotestantismus.

Augsburg, 25. Juni.
Die europäische Zentralstelle für kirchliche Diskussionen ist hier anlässlich der Jubiläumfeierlichkeiten unter dem Vorsitz des Universitätsprofessors Dr. Jørgensen, Kopenhagen, zusammengetreten und beschäftigt sich mit dem Plan einer internationalen protestantischen Glaubensgemeinschaft. Die Organisation dieser Gemeinschaft ist abgeschlossen und wird, sobald die einzelnen Länder und Kirchen die auf sie entfallenden Mittel aufgebracht haben, in Tätigkeit treten. Ihre Aufgabe besteht darin, den notleidenden protestantischen Gemeinschaften Darlehen zu gewähren.
Im Rahmen einer öffentlichen Rundgebung sprach im überfüllten Hörsaal der Leiter der europäischen Zentralstelle in Genf, Prof. Dr. Adolf Keller, über die Aufgaben des Weltprotestantismus in der Gegenwart. Diese Aufgaben, so erklärte der Redner, seien keine Fragen der Macht und der Organisation, sondern sie seien aus geschichtlicher Notwendigkeit geboren. Sie stünden in dem großen Ziele, gegenüber dem Vorbringen des Säkularismus nicht nur einen protestantischen Block zu errichten, sondern eine allgemeine christliche Front über die Grenzen der Konfessionen hinweg zu schaffen.
Generalsuperintendent D. Dibelius (Berlin) sprach über „Die gegenwärtige Lage des Protestantismus in Deutschland“. Er verwies auf die wirtschaftliche Not, welche die Handlungsfreiheit der Kirche überaus einengen, und beauftragte auch die Zulassung der politischen Lage, die es der Kirche schwer mache, ihre Selbständigkeit und politische Neutralität zu wahren. Der Redner warf noch einen Blick auf den Religionskampf in Rußland, der auch nach Teufelsland übergezogen beginne und die protestantische Kirche mehr als je zu einer kämpfenden Kirche mache.

Der Ost-Westflug über den Nordatlantik abermals geglückt.

New York, 25. Juni.
Zwei von dem australischen Flieger Kingsford-Smith geführte Flugzeuge „Southern Cross“ hat heute früh um 2.21 (10.21) Uhr vormittags mittlereuropäischer Zeit die Hafenstadt Harbour Grace auf Neufundland überflogen. Damit ist die Überfliegung des Nordatlantik von Osten nach Westen zum zweitenmal geglückt.
„Southern Cross“ gelandet.
St. Johns (Neufundland), 25. Juni.
Das Flugzeug „Southern Cross“ ist, wie eine weitere Meldung besagt, zur Bergung seines Brennstoffes auf dem Flugfeld von Harbour Grace gelandet. Kingsford-Smith erklärte, daß sein Kompaß verlagert habe.

Der neunte Tag der Weltkonferenz.

Berlin, 25. Juni.
Der neunte Tag der Weltkonferenz brachte nach Abschluß der Vormittags-Sitzungen, in denen u. a. das Problem der wirtschaftlichen Energielieferung erörtert wurde, den letzten der sieben allgemeinen Hauptvorträge. Der Redner Dr. Axel B. Enström wurde von dem schwedischen Gesandten af Wijkström mit einer Ansprache empfangen, in der vor allem seine Tätigkeit als Vortrager und Leiter der 1919 gegründeten schwedischen Ingenieur-Wissenschafts-Akademie mit der Aufgabe, die technisch-wissenschaftliche Forschung und damit die schwedische Industrie zu fördern, gewürdigt wurde. Dann sprach Dr. Enström über „Die Maschinenkraft als Kulturfaktor“.